

Erinnern wir uns!

Erwiderung auf „Vom rechten Umgang mit der AfD“, Leserforum vom 9.10.

Es ist gar nicht so lange her, als die Auswirkungen einer rechtsradikalen Partei in Deutschland noch sichtbar waren. Der Vergleich der AfD mit der Vorgängerpartei wird stets vermieden, aus Angst vor Repressionen. Sehen wir mal ein nicht so verhängliches Thema an, was die Menschen zurzeit umtreibt, den Wohnungs- und Städtebau: Wäre ein AfD-Mitglied Baudezernent, dann gäbe es keine „Mietskasernen“ und Hochhäuser für Luxuswohnungen, sondern ein mit der Scholle verbundenes Siedlungswesen, keinen verdichteten Wohnungsbau à la Gründerzeit, in der Josefstadt eher ein Riedberg-Westflügel oder eine Siedlung Goldstein. Keine Bankenhochhäuser, sondern nach Hugo Strasser „Brechung des Finanzkapitals“, dafür ein IG-Farben-Haus. Der Name „sozialistisch“ kam in der Vorgängerpartei vor, und „Arbeiterpartei“. Die Pendlers allerdinges kämen weiterhin mit den „Volkswagen“ in die Stadt, oder?

Die Gefahr ist nur, dass diese Vorstellungen einigen Mitbewohnern heute gar nicht so unrecht wären. Also zeigen wir die Folgen einer AfD-Regierung an ihrer Vorgängerpartei, solange wir uns noch erinnern wollen.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/halle



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Kniefallpolitik der Gerichte

Zu: „Mit zehn Punkten gegen Rechtsextremismus“, FR-Politik vom 19. Oktober

Liebes Deutschland, nun bekommt dieses Land sein Erziehungsprodukt sowie die Folgen der „Vogel-Strauß-Politik“ der Nachkriegszeit zurück. In der Pädagogik gibt es einen Spruch: „Den Grund der Fehler seiner Zöglinge sollte der Erzieher immer zuerst bei sich selbst suchen.“ Schon früh in den 60er Jahren durften Presse-Organen in der BRD ungestraft behaupten, in Auschwitz sei kein Jude vergast worden, durfte von der reaktionären Presse während der gesamten Nachkriegszeit behauptet werden, Polen hätte den Zweiten Weltkrieg angefangen, weiter behaupteten diese rechtsnationalen Zeitungen, Adolf Hitler sei der größte Feldherr aller Zeiten gewesen. Dabei wurden die Verbrechen der Regierung des „Dritten Reichs“ in die Subsidiarität verbannt.

Aber nicht nur in der früheren Vergangenheit der BRD liegt ein erhebliches Mitverschulden dafür, dass der Neo-Faschismus wieder salonfähig geworden ist. Die Politik, die Kommunalpolitik und vor allem die Verwaltungsgerichte sorgen dafür, dass den Neonazis wieder eine Bühne geboten wird und sie durch ihre Grölerie auf der Straße große Teile unserer Mitmenschen diffamieren können. Bedauerlich ist, dass die meisten Presseorgane der bürgerlichen Presse nicht bereit sind, die Missstände in Politik sowie Justiz und vor

allem den Inhalt rechter Presse offen anzusprechen und darauf hinzuweisen, dass dem neuen Faschismus durch die laschen Genehmigungsverfahren eine erhebliche Legitimation verliehen wird. Anstatt dass der Staat, dessen Aufgabe es ist, die Sicherheit zu garantieren, gegen die neo-faschistischen Umtriebe vorgeht, besteht die Nachbehandlung von Verbrechen derzeit lediglich darin, dass der Inhaber der Polizei- und Staatsgewalt diese Exzesse verbal verurteilt und immer wieder phrasenhaft von sich und dem Volk fordert, dass man dies und das in verstärktem Maße tun müsse, um Rechtsradikalismus einzuschränken. Fordert man jedoch mehr Aktionismus, blocken sie sofort ab: Ihnen sei durch Recht und Gesetz die Hände gebunden. Nicht ein einziger Politiker, noch nicht einmal Bundestagsmitglieder der „Linken“, haben den Mut, die Verwaltungsgerichte für ihre regelrechte Kniefallpolitik vor Höcke zu kritisieren.

Aber auch die angeblich demokratische Presse handelt nach dem Prinzip „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“ und lässt sich nicht dazu bewegen, den total-reaktionären Inhalt ihrer Kollegen in den national-reaktionären Presseorganen zu kritisieren.

Georg Dovermann, Bonn

Diskussion: frblog.de/halle

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.

Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Autoritäre Populisten gegen Gender: Trump, Bolsonaro und die AfD“. Mit Dinah Leschzyk, Dorothee de Nève, Greta Olson (alle von der Uni Gießen) und der Journalist Peter Weissenburger.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.15 Uhr
Aula der Uni Gießen,
Ludwigstraße 23, Gießen

Nadja Erb moderiert die Lesung von Karen Köhler, die ihren ersten Roman „Mirolo!“ vorstellt.

Montag, 28. Oktober, 19.30 Uhr
Literaturhaus, Schöne Aussicht 2, Frankfurt

SORRY

In unserer Reportage „Skandal im Sperrbezirk“ (S. 18/19 vom 18.10.) über Atommüll im Süden Moskaus haben wir geschrieben: „In der Moskauer Polymetallfabrik wurde aus radioaktiven Erzen Plutonium für Atomsprengköpfe filtriert.“ Richtig ist, dass dort aus radioaktiven Erzen Thorium für militärische Atomprojekte filtriert wurde.